

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortl. Redakteur: Erwin
Koch, Postfach 100, Dresden
K. L. Martinstraße 25/26

Verlagspreis für Monat Oktober 3,40 M., ohne Postgebühren. Einzelnummern 10 Pfg.
Kunstabdruck 20 mm breite Zeile 45 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienkreise und Stellen-
anzeigen ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 20 mm breite Zeile 200 Pfg., außer-
halb 250 Pfg. Offertingebühren 20 Pfg. Nachträgliche Aufträge gegen Voranbezahlung

Druck u. Verlag: Neidich & Neidich,
Königsplatz 10, 1068 Dresden
Vertrieb: Postfach 100, Dresden
Vertrieb: Postfach 100, Dresden
Vertrieb: Postfach 100, Dresden

Europa-hof
Jeden Sonnabend
Gesellschaftsabend

Europa-hof
Jeden Nachmittag
5-Uhr-Tanz-Tee

Europa-hof
Jeden Abend zwangl.
Gesellschaftstanz

Europa-hof
Tanzorchester
Martini, Berlin

Neuer Anstoß für die Reichsreform

Die Finanzlage des Reiches und der Länder zwingt zusehender Maßnahmen

Ulm, 5. Okt. „Neuordnung der Dezentralisation im Deutschen Reich“ war das Thema auf einer Tagung des Vereins für Kommunalwirtschaft in Ulm. Im Verlaufe dieses Referats erklärte Ministerialdirektor Bredt, das preussische Mitglied des im Oktober wieder zusammenzutretenden amtlichen Reichsreformausschusses im Hinblick auf die bevorstehende Veröffentlichung des Lutherischen Erneuerungsbundes. Alle Programme seien sich in den Hauptforderungen sehr ähnlich geworden. Die zum Teil seit Juni vorliegenden und inzwischen noch verfeilten Vorarbeiten des Reichsreformausschusses, an denen sich namentlich das Reich, Preußen und Sachsen eifrig beteiligt hätten, sind sich inhaltlich vielfach in den — ja keineswegs neuen — Grundgedanken des Erneuerungsbundes wieder, weichen in anderen Punkten aber davon ab, da der Erneuerungsbund Preußen isoliert und zu gewaltsam behandelte und das Problem für die anderen großen Länder, z. B. Sachsen, nicht berührte.

Andem der Redner schon mit Rücksicht auf die erforderlichen Zweidrittelmehrheiten vor Utopien und theoretischen Aperturen warnte, sahte er die mögliche Entwicklung wie folgt zusammen. Erster Schritt: Einrichtung und mögliche Verwirklichung der Aufsichtsratsverwaltung zwischen Reich und Ländern. Zweiter Schritt: Uebernahme von Aufgaben für kleine norddeutsche Länder durch Preußen für das Reich oder Aufgabe dieser Länder in Preußen. Dritter Schritt: Vereinigung der preussischen mit der Reichsregierung. Vierten: Aufgabe der kleineren Länder in dieser Gemeinschaft, soweit nicht schon vorher in Preußen, zum Teil

unter Vorbehalt bestimmter Materien zu selbständiger Fortführung; Vereinigung von Hohenzollern mit Württemberg und Baden. Fünftens: Bei den verbleibenden außerpreussischen Ländern Personalunion zwischen Landesregierung und den obersten Reichsbeamten in dem betreffenden Lande. Sollten alle fünf Schritte zugleich gelingen, um so besser. Dieses sei kein Höchstprogramm, sondern ein Mindestprogramm für die Ermöglichung einer gesunden Dezentralisation.

In spätestens vier Wochen wird das Problem wieder im Brennpunkte stehen.

Denn dann beginne der Kampf um die Deckung des Reichsetats für 1929. Den fehlenden Betrag schätzt Bredt noch immer wie schon vor dreiviertel Jahren im Reichsrat ohne neue Einnahmequellen auf rund 500 bis 700 Millionen. Mindestens 400 Millionen notwendigen Mehrausgaben für Reparationen, Invalidenversicherung, Liquidations-schäden, Erwerbsloosensfürsorge usw. und 400 Millionen wegfahrenden Sondererinnahmen händen nur etwa 100 Millionen auf Anleh zu streichende Ausgaben und höchstens 200 Millionen ohne Steuern neu zu schaffende, zweifelhaft Sondererinnahmen gegenüber bei ungefähr gleichem Gesamter-tragfähigkeit. Einige Mehreinnahmen würden durch Mehrausgaben wieder draußgehen. Der Kampf um die Deckung muß zwischen Reich und Ländern bis Maßnahmen entschieden sein. Er wird zusammen mit den teilweise sehr großen Fehlbeträgen der Länderetats und der Gemeinden das ganze Problem ausrollen.

Der konservative Staatsgedanke in England

Der konservative Parteitag in der englischen Fischerstadt Great Yarmouth hat einen Verlauf genommen, der keinen Zweifel darüber läßt, daß der konservative Staatsgedanke in England im Gegensatz zu den linksdemokratisch ausgeprägten Staatswesen neuzeltlicher Tradition noch fest im Volke verwurzelt ist.

Es wäre ja auch sonst nicht möglich gewesen, daß die konservative Partei bei den letzten Wahlen im Dezember 1924 einen so überwältigenden Erfolg mit 422 Mandaten gegen 40 liberale und 148 arbeiterteilliche Siege erringen konnte. Die Stimmung auf dem Parteitag war voll ruhiger Zuversicht, aber ohne Ueberheblichkeit. Man rechnete mit der Möglichkeit eines Rückschlages bei den nächstjährigen Wahlen, war aber überzeugt, daß die Partei in achtunggebender Stärke in den Besitz der politischen Macht zurückkehren werde. Man darf im Auslande den Aufschwung des englischen Konservatismus nicht bloß in politischen und wirtschaftlichen Gründen suchen. Diese spielen natürlich auch eine gewichtige Rolle, insbesondere die bürgerliche Abneigung gegen den Sozialismus, demgegenüber der Liberalismus im Kampfe völlig versagt hat. Der tiefste Grund ist aber psychologische Natur, und zwar beruht er auf der traditionellen aristokratischen Einstellung des britischen Nationalcharakters, die dem Engländer zur zweiten Natur geworden ist und sich z. a. in der Vorliebe für altertümliche Formen, Sitten und Gebräuche im öffentlichen und privaten Leben äußert. Man denke nur an den unverfälscht mittelalterlichen Pomp, der bei der Parlamentseröffnung und bei der Neuwahl des Lordmayors von London zur Schau getragen wird. Unsere Demokraten rümpfen die Nase über solchen „Jopf“, weil sie sich nicht in den geschichtlichen aristokratischen Grundzug derartiger Neuerlichkeiten hineinversetzen können. Auch der englische Liberalismus in seiner ursprünglichen Gestalt war durchaus aristokratisch eingestellt und wies einen starken konservativen Einschlag auf, wenn auch natürlich nicht im parteiprogrammatischen Sinne. Erst das Eindringen der demokratischen Ideen von Amerika und Frankreich her veränderte die altbritische Eigenart des Liberalismus und führte ihn auf die Bahnen von Lloyd George, der das demokratische Werk durch die Entziehung des Oberhauses krönte, indem er das Haus der Lords auf den Stand einer bloß beratenden Körperschaft herabdrückte, die in finanziellen Dingen überhaupt nichts mehr zu sagen hat und sonst nur ein ausschließendes, durch wiederholten Unterhausbefehl zu entkräftendes Veto besitzt.

Der Premierminister Baldwin war so klug, dem Drängen des äußersten rechten Flügels, der sogenannten Diehards, nach einem allgemeinen scharfen Herumwerfen des Steuerrosses nicht nachzugeben, sondern seine Politik so einzurichten, daß sie auf eine Fortdauer der Volkssympathie rechnen konnte. Er verzichtete daher auf die Wiederherstellung der alten Rechte des Oberhauses, die von den Diehards erstrebt wurde. Insbesondere forderten sie, daß das Oberhaus mit dem Privileg ausgestattet würde, durch seinen Widerspruch jede Beschleunigung seiner Befugnisse durch das Unterhaus ein für allemal unmöglich zu machen, um so ein ständiges Gegengewicht gegen eine künftige Arbeiterregierung zu schaffen. Auch auf dem Parteitag wurde dieses Verlangen von einigen Rednern wiederholt. Baldwin hat aber bis jetzt keine Initiative zu einer solchen Reform ergriffen und wird sie sicherlich auch in den letzten Monaten des jetzigen Parlaments nicht forcieren. Er weiß zu gut, daß er dadurch den Liberalen und der Arbeiterpartei nur eine willkommene Wahlparole in den Schoß werfen würde. Der konservative Durchschnittswähler empfindet nach der Wiederkehr eines verfallenen Einflusses des Oberhauses keine Sehnsucht, und die liberalen Wähler, die 1924 aus Abneigung gegen die liberale Sozialistenfreundschaft zu den Konservativen abwanderten, würden durch die Aufrollung der Oberhausfrage nur auf neue nach links hinübergedrängt werden. Dagegen hat Baldwin der bürgerlichen Stimmung, wie sie sich nach dem großen Bergarbeiterstreik geltend macht, durch die Verabschiedung des die Macht der Gewerkschaften erheblich beschränkenden Antistreitgesetzes geschickt entsprochen. Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde das „Gesetz zur Sicherung der Industrie“ gemacht, das die Festlegung von Schutzstellen zwar nicht generell, aber von Fall zu Fall vorsteht, wenn die einzelne Industrie darauf anträgt. Auf dem Parteitag hat die schauvönerische Richtung einen bemerkenswerten Sieg errungen durch die Annahme einer Entschlieung, welche die allgemeine grundsätzliche Einführung von Eisen- und Stahlzöllen befürwortet, also ohne daß die einzelnen Zweige dieser Industrien erst einen Antrag auf Prüfung ihrer Lage zu stellen brauchen. Hier will die liberale Partei einhalten, indem sie ihrem in nächster Woche ebenfalls in Yarmouth stattfindenden Parteitag eine Entschlieung vorlegen wird, die besagt, daß die liberale Partei als traditionelle Führerin der politischen und wirtschaftlichen Freiheit sich dazu verpflichtet fühle, alle Zölle abzuschießen und die Führung im Kampfe gegen die Handelsbarrieren zu übernehmen. Wie in der Oberhausfrage, hat

Sicherheitsmaßnahmen auch in Wien

Einzug der Truppen in Wiener-Neustadt

Wien, 5. Oktober. Die Vorbereitungen zur Sicherung des ruhigen Verlaufs des 7. Oktober dehnen sich nicht nur auf Wiener-Neustadt aus, sondern auch auf Wien. Für Sonntag ist eine allgemeine Vereinskraft der gesamten Wiener Polizei vorgesehen. 1850 Mann werden militärisch ausgerüstet und in einem Gebäude in der Nähe der Regimentsgebäude zusammengezogen. Reiterpatrouillen und Polizei zu Fuß werden alle Bezirke abstreifen und in den Hauptstraßen sollen außerdem stehende Patrouillen an geeigneten Punkten aufgestellt werden. Von der Polizeidirektion wird ein entsprechender Nachrichtendienst eingerichtet, um das Entstehen von beunruhigenden Nachrichten zu verhindern.

Wien, 5. Oktober. In dem sonst ruhigen Ort Wiener-Neustadt herrscht lebhaftes Treiben. Die letzten Vorbereitungen für den 7. Oktober werden getroffen. Heute vormittag begann der Zug von Abteilungen des Bundesheeres und der Gendarmerie. Ihre Stärke beträgt bis jetzt einige tausend Mann. Auch Artillerie wurde nach Wiener-Neustadt kommandiert. Die Abteilungen marschierten in der Nähe der Stadt mit Stahlhelm und aufgeschultertem Gewehr durch die Straßen in ihre Unterkünfte, die in der ehemaligen österreichischen Militärakademie und zum Teil auch in Privathäusern geschaffen wurden. Der Bundesminister für Seerwesen bestellte am Freitag die in Wiener-Neustadt zusammengezogenen Truppen des Bundesheeres. Am Schluß der Besichtigung fand ein Vorbemarsch

statt. Im Krankenhaus der Stadt sind 300 Nothbetten und viele Tragbahnen bereitgestellt worden. Von Wien aus wurde eine Anzahl Ärzte zur Verstärkung herangezogen.

Landeshauptmann Dr. Dursch besuchte Wiener-Neustadt. Er unternahm einen längeren Rundgang durch die Stadt und konnte sich davon überzeugen, daß die Bevölkerung von Wiener-Neustadt infolge der Vereinbarungen über den getrennten Aufmarsch und der getroffenen Sicherheitsmaßnahmen vollständig beruhigt ist. Die Gerüchte von einer Beunruhigung der Geschäftsleute, geplanter Verhinderung der Geschäftsstellen entbehren jeder Grundlage.

Weitere Rundgebungen der Heimatwehren

Wien, 5. Oktober. Vor Pressevertretern erklärte der Bundesführer der Selbstschutzw Verbände, Dr. Steibler: Nach Wiener-Neustadt, wo von vornherein nur 18—19 000 Mann aufzutreten sollten, würden weitere Aufmärsche in Ung und in Biskupshofen erfolgen. Am 12. November werde der Nationalfeiertag durch Abordnungen der Heimatwehren aus allen Bundesländern in Innsbruck festlich begangen werden. Die Heimatwehren würden sich von den einmal beschlossenen Rundgebungen nicht abbringen lassen. Die Heimatwehren seien zur inneren Abrüstung bereit, doch gehöre dazu eine Beseitigung des Gefinnungsanwachses, Herstellung der persönlichen und geistigen Freiheit des Arbeiters und offenes Bekenntnis zur Demokratie, nicht zu einer Demokratie auf Rindlung. Vorher gebe es keine Abrüstung und keine Verständigung.

Bela Groß vor dem Untersuchungsrichter

(Erschließung unserer Berliner Schriftleitung)
Berlin, 5. Oktober. Der in Wien verhaftete Kaufmann Bela Groß, der in der Wiener Filiale der Ariegsanleihe-Gesellschaft tätig gewesen ist und die Verbindungen nach Berlin aufrechterhält, ist am gestrigen Donnerstag nach seiner Auslieferung durch die österreichischen Behörden ins Untersuchungsgefängnis Moabit transportiert worden. Heute vormittag hat ihn der Untersuchungsrichter in Gegenwart des Staatsanwaltes einer eingehenden Vernehmung unterzogen. Groß hat hauptsächlich seine bereits in Wien gemachten Aussagen nochmals bekräftigt und in einzelnen Punkten näher erläutert. — Die Reichsaufsichtsverwaltung erklärt, daß bei ihr keine Disziplinarverfahren gegen Beamte anhängig gemacht seien. Für den Umtausch von Anleihen haben sich nicht die Reichsaufsichtsverwaltung zuständig gemacht, sondern der hierfür besonders bestellte Reichskommissar für die Abwicklung der Reichsanleihen alten Bestandes.

Berlin, 5. Oktober. Der Haftbefehl gegen den Kaufmann v. Waldow, den früheren Privatsekretär von Hugo Stinnes, der als Erster in der Ariegsanleihe-Affäre in Untersuchungsbah genommen wurde, im Haftprüfungsgefängnis jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt worden war, ist aufgehoben worden.
Paris, 5. Okt. Der Berliner Kriminalkommissar Rastow ist in Paris eingetroffen. Seine Reise steht mit der Angelegenheit der Anleihebetrügereien in Verbindung. Kriminalkommissar Rastow wird morgen mit der französischen Polizei führung nehmen.

Grauenvoller Raubmord

Leubau, 5. Oktober. Heute nachmittag um 4 Uhr wurde in seinem Laden in einer belebten Straße Leubaus der etwa 70 Jahre alte Seltenermeister Hieronymus Gannal ermordet. Die Ehefrau war zur Volk gefangen und fand, als sie zurückkam, die Tür des Ladens verschlossen. Auf ihre Erkundigung bei den Handeltlern eines nahen Hotels, ob ihr Mann fortgegangen sei und den Schlüssel abgegeben habe, wurde ihr eine verneinende Antwort erteilt. Als sie wieder zum Laden zurückkehrte, fand sie die Ladentür offen. Ihrem Mann war die Schädeldecke zertrümmert. Der Mörder hatte die Ladentür entwendet. Vorläufig fehlt vom Täter jede Spur.

Zu dem Raubmord wird erregend gemeldet, daß der Ermordete durch einen Schuß niedergedrückt worden ist, der ihn am Hinterkopf traf und den Tod herbeiführte. Dem Täter, der die Ladentür ausraubte, dürften nur etwa 20 M. in die Hände gefallen sein. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

Zusammenstoß zwischen Güterzug und Autobus

Ralskan, 5. Oktober. Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Güterzuge und einem Autobus auf einer Straßenkreuzung unweit von Panspore bei Ralskan wurden 7 Personen getötet und 18 verwundet.